



Europa gestalten und Frieden erhalten

Beschluss des Bundeskongresses vom 26.04.2015

Die Europäische Union (EU) und ihre Mitgliedstaaten stehen vor vielfältigen Herausforderungen. Insbesondere die letzten Monate sind von Krisen und Konflikten geprägt, welche die Welt insgesamt instabil erscheinen lassen. Umso mehr bedarf es in Europa eines gemeinsamen politischen und solidarischen Engagements, um ein Leben in Frieden, Freiheit, Sicherheit, Gerechtigkeit, Wohlstand und Würde für alle Menschen zu gewährleisten. Nur eine politisch gestärkte und geschlossen handlungsfähige EU ist in der Lage, diese Ziele zu erreichen und gleichzeitig verlorengegangenes Vertrauen ihrer eigenen Bürgerinnen und Bürger zurückzugewinnen.

Terrorismus bekämpfen

Die Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten sowie in Nordafrika haben in den letzten Jahren zu bedeutsamen Umbrüchen geführt. Gegenwärtig sind wir Beobachter eines Prozesses der Neuordnung einer gesamten Region, der zunehmend konfliktreich, gewaltsam und chaotisch verläuft und daher Anlass zu großer Sorge gibt, da die wirtschaftlichen, politischen und sicherheitspolitischen Entwicklungen in dieser Region für Europa unmittelbare Auswirkungen haben.

Der vom IS ausgeübte brutale Terror ist eine massive Bedrohung für Frieden und Sicherheit. Die Übergriffe des IS auf hilflose Menschen in Syrien und dem Irak, die Hinrichtungen, Zerstörungen von Kulturgütern und Gewalttaten gegen die Zivilbevölkerung sind auf das Schärfste zu verurteilen. Die EU muss sich gemeinsam mit der internationalen Staatengemeinschaft geschlossen gegen diesen Terror stellen. Eine humanitäre Katastrophe noch größeren Ausmaßes ist mit allen gegebenen Möglichkeiten abzuwenden. Gleichzeitig sind demokratische Entwicklungen, die mittelfristig zur Stabilität der Region beitragen, durch die EU zu fördern.

Völkerrecht nachhaltig durchsetzen

Gerade der Konflikt in der Ukraine zeigt, dass Frieden im Europa des 21. Jahrhunderts keine Selbstverständlichkeit und das Wiederaufleben längst überwunden geglaubter Ost-West-Spannungen nicht ausgeschlossen ist. Die völkerrechtswidrige Aneignung der Krim und die massive Unterstützung der Separatisten in der Ostukraine mit Waffen und Soldaten durch die Russische Föderation haben gezeigt, dass der Frieden in Europa nur dann dauerhaft gewahrt werden kann, wenn alle Staaten sich an die Regeln des Völkerrechts halten. Da der russische Präsident Putin sich daran bislang nicht hält, kommt die Europäische Union weiterhin um eine doppelte Strategie aus Wirtschaftssanktionen in Verbindung mit steter Dialog- und Verhandlungsbereitschaft nicht herum.

Die großen Einsätze der Bundesregierung und der französischen Regierung, die zum Minsker Abkommen geführt haben, können nur ein erster Schritt zu einer Vermeidung der Fortsetzung des Krieges in der Ukraine sein. Europas Frieden setzt voraus, dass die Einheit der Ukraine in ihren jetzigen Grenzen erhalten bleibt und demokratische und rechtsstaatliche



Verhältnisse im gesamten Staatsgebiet der Ukraine hergestellt werden. Die demokratischen Kräfte in der Ukraine, die eine enge Verbundenheit mit der EU und der westlichen Welt wünschen, sollten durch die EU in enger Zusammenarbeit mit den USA verstärkt unterstützt werden. Dabei geht es nicht nur um die Stabilität der Ukraine, sondern auch der mittel- und osteuropäischen Mitglieder von EU und NATO. Auch die Ukraine soll grundsätzlich die Perspektive eines Beitritts zur EU haben.

Die Russische Föderation wird durch eine enge Verbindung früherer Sowjetrepubliken an die EU nicht bedroht. Die EU ist ein Friedensverbund, der sich eine friedliche Partnerschaft auch mit Russland wünscht. Eine solche Zusammenarbeit würde die Wirtschaft in ganz Europa, auch in der Russischen Föderation, und das Wohl seiner Bürger fördern. Allerdings bedarf es dazu eines Russlands als fairen Partner.

Humanitäre Katastrophen verhindern

Mit den Konflikten in Syrien, Irak und Libyen hat die Zahl der Flüchtlinge weltweit den höchsten Stand seit Anfang der 90er Jahre erreicht. Angesichts der beschämenden Katastrophen im Mittelmeer, wo tagtäglich unzählige Flüchtlinge ihr Leben verlieren, ist es dringend erforderlich, dass alle Mitgliedstaaten der EU verstärkt humanitäre Hilfe für die Millionen von Flüchtlingen mobilisieren. Dabei müssen die damit verbundenen Aufwendungen angemessen und gerecht auf alle Mitgliedstaaten verteilt werden. Die EU benötigt dringend eine europäische Flüchtlingspolitik sowie eine gemeinsame Asyl- und Einwanderungspolitik.

Frieden in Europa ist nur möglich, wenn das Völkerrecht und die Souveränität der Staaten ebenso geachtet werden wie die Rechte von Minderheiten.

Globale Zusammenarbeit gerecht gestalten

Freihandelsabkommen, insbesondere mit unseren Verbündeten USA, Kanada und Japan, können die wirtschaftliche Entwicklung in Europa positiv beeinflussen. Sie dürfen aber nicht dazu führen, dass demokratische, rechtsstaatliche, soziale, ökologische sowie verbraucher- und datenschutzrechtliche Standards abgesenkt werden.

Das ökonomische und politische Gewicht der sogenannten Schwellenländer (u.a. China, Brasilien, Indien) nimmt in der internationalen Politik kontinuierlich zu. Zur Lösung globaler Herausforderungen, wie etwa Klima- und Umweltschutz, Bevölkerungswachstum, Migration und Pandemien müssen auch diese Länder einbezogen werden. Der Dialog und die Kooperation mit diesen Ländern sollte auf gleicher Augenhöhe intensiviert werden. Ein wirksames Instrument hierfür ist der Aus- und Aufbau neuer strategischer EU-Partnerschaften. Nachhaltiges Ziel gemeinsamer europäischer Politik muss die Schaffung einer neuen, gerechten Weltordnung sein, die die Kluft zwischen Arm und Reich dauerhaft verringert und damit auch wesentlich zu Gerechtigkeit und Sicherheit auf der Welt beiträgt. Europäische Entwicklungspolitik muss bedürftige Länder nachhaltig unterstützen und damit helfen, Armut zu bekämpfen und die existentiellen Lebensgrundlagen der Bevölkerung abzusichern und allen Menschen in ihrer Heimat eine Arbeits- und Lebensperspektive zu geben.



Europa demokratisch und sozial weiterentwickeln

Rund ein Jahr nach den Wahlen zum Europäischen Parlament und mit einer neuen EU-Kommission geht es nun darum, in der Gestaltung der Politik der EU die richtigen Prioritäten zu setzen.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, insbesondere der inakzeptabel hohen Jugendarbeitslosigkeit, muss dabei für die Mitgliedstaaten unterstützt durch die EU eine Hauptaufgabe sein. Massenarbeitslosigkeit stellt eine enorme Bedrohung für die Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt dar und untergräbt letztlich auch die Legitimität des europäischen Integrationsprozesses.

Die Verankerung von Mindeststandards bzw. deren Ausbau – sei es im Bereich der Sozialpolitik oder im Arbeitsrecht – sowie weitere Harmonisierungen im Steuerrecht stellen notwendige Instrumente dar, um einen Wettbewerb nach unten zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten zu verhindern. Jenen Steuersystemen muss einen Riegel vorgeschoben werden, die es globalen Konzernen zum Schaden aller anderen Mitgliedstaaten ermöglichen, ihre Steuerleistung gegen Null zu reduzieren. Gleichzeitig muss die möglichst weitreichende Einführung der Finanztransaktionssteuer dafür sorgen, dass auch der Finanzsektor an der Bewältigung der Krisenkosten maßgeblich beteiligt wird. Auch die Zielsetzung der EU-Verträge, den sozialen Ausgleich zu unterstützen, scheint in immer weitere Ferne zu rücken. Damit das Versprechen eines „Europa der Bürger“ kein leeres Schlagwort bleibt, muss der gemeinsame Binnenmarkt ein hohes Niveau an sozialen und ökologischen Standards haben.

Die vergangenen Europawahlen haben mit der erstmaligen Nominierung von Spitzenkandidaten der jeweiligen Parteifamilien zu einem Demokratieschub geführt. Diesen gilt es fortzusetzen, in dem etwa die Regeln für eine Europäische Bürgerinitiative erleichtert und das Wahlrecht zum Europäischen Parlament hin zu einem einheitlichen europäischen Wahlrecht modernisiert werden. Im Zuge einer möglichen Vertragsänderung muss der Stärkung der demokratischen Qualität der EU ein besonderer Schwerpunkt zukommen. Um Sicherheit und Stabilität in Europa und darüber hinaus nachhaltig zu erreichen, müssen die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten sich endlich auf eine einheitliche Außen- und Sicherheitspolitik einigen, damit sie bei aktuellen und künftigen Krisensituationen diesen mit einer Stimme begegnen.

Die entscheidende Frage, der sich die Europäer angesichts aller alten und neuen Herausforderungen schnellstmöglich stellen müssen, ist, zu welchem Europa sie sich weiterentwickeln wollen. Die Schaffung eines europäischen Bundesstaats wird in mehrerer Hinsicht gegenseitige Solidarität abverlangen. Diese Solidarität wird allerdings der Schlüssel zum gemeinsamen Erfolg sein:

Ein Europa in Frieden, Freiheit und Wohlstand!